

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER

WENIGGEHÖRTES - VOM VOLK FÜRS VOLK!

FREI UND UNENTGELTLICH

INSPIRIEREND

S&G



Medienmüde? Dann Informationen von ...
www.kla.tv
Jeden Abend ab 19.45 Uhr



HAND-EXPRESS

DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,

POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!

WELTGESCHEHEN UNTER

DER VOLKSLUPE

S&G



~ AUSGABE 52/2025 ~
DER NOTWENDIGE
ERHALT DES BARGELDS

INTRO

Der Unternehmer und Autor Hansjörg Stützle erkannte schon vor 25 Jahren, dass es Gegner für ein freies Zahlungssystem gibt. Seitdem beschäftigt er sich mit Erhalt und Abschaffung des Bargelds. Damals gab es noch keine erkennbaren Maßnahmen zur Bargeldabschaffung. Aber in der Finanzkrise 2007-2009 wurden mit realen Bargeldverboten Schritte zur Verdrän-

gung des Bargeldes gesetzt. Wie diese Bargeldverbote getarnt werden und welche anderen Maßnahmen aktuell weltweit das Bargeld bedrohen, wird in den folgenden Artikeln erläutert. Außerdem wird über die von Stützle initiierte Petition zum Bargelderhalt (bargeldverbot.info/petition/) informiert.

Die Redaktion (ncm.)

Machtstreben führt zur Bargeldabschaffung

cha. Wie in der Sendung www.kla.tv/15288 dargelegt, zählt die US-Regierung zu den starken Kräften, die die Bargeldabschaffung weltweit vorantreiben. Dies tut sie u.a. mit der US-Behörde für Entwicklungshilfe USAID, die 2012 die „Better than Cash Alliance“ gründete. Dadurch, dass der globale bargeldlose Zahlungsverkehr von US-amerikanischen Firmen beherrscht wird, kann die US-Regierung die finanziellen

Transaktionen einzelner Länder, Banken, Firmen und auch einzelner Personen überwachen und sie vom bargeldlosen Zahlungsverkehr ausschließen, wenn diese nicht in ihrem Sinn handeln. Diese Art der finanziellen Kontrolle stellt einen gewaltigen Machtfaktor dar. Durch das Zurückdrängen des Bargelds wächst somit automatisch die Macht der USA. [2]

Staatliche Bargeldverdrängung

cha. Der Staat greift immer stärker in der Form ein, dass er Bargeld ablehnt. Stützle bezieht sich dabei auf Deutschland und führt aus, dass Schwimm- und Freibäder, Parkhäuser, Parkplätze und sogar Bürgerbüros, etc. kein Bargeld mehr annehmen. In Düsseldorf beispielsweise wurden alle Bürgerbüros außer einem bar-

geldlos gemacht. Ähnliches vollzieht sich im Rest Europas. Damit wird der Bürger immer mehr in dieses System des bargeldlosen Zahlens hineingedrängt und kann gar nicht mehr ausweichen. Laut Stützle braucht es daher einen „Bargeldannahmewang beim Staat“. [4]

Banken als Bargeldgegner?

ncm. Bargeld gefährdet das Geschäftsmodell von Banken, beispielsweise im Falle von „Bankenruns“. Da das Geldsystem auf Vertrauen beruht, sind Finanzbosse im Dauerstress, das Vertrauen der Kunden auf hohem Level zu halten. Wenn dieses unter eine bestimmte Schwelle

fällt, bekommen die Menschen Angst. Sie wollen das Geld durch Abhebung in ihren Einflussbereich bringen. Tun das viele Menschen, spricht man von einem Bankenrun. Diese Situation führt zu einer großen Krise, denn die Banken „arbeiten“ mit dem Geld der Einzahler. [5]

Bewusste Bargeldverdrängung

ncm. Beim Visa-Investorentag im Juni 2017 soll Visa-CEO Al Kelly verlautbart haben: „Wir konzentrieren uns darauf, Bargeld aus dem Geschäft zu drängen.“ Zahlen aus den USA belegen, dass 2018 allein durch Kreditkartenzahlungen Kosten in Höhe von 90 Milliarden US-Dollar entstanden. Diese Gewinne der Zahlungsdienstleister zahlten großteils die Kunden. Anhand der drastischen Entwicklungen in Griechenland lassen

sich die Konsequenzen der Bargeldabschaffung erahnen. Dort werden die Bürger mit Steuerstrafen belegt, wenn sie zu wenig bargeldlos bezahlen. Gleichzeitig werden die Geschäfte quasi gezwungen, Verträge mit Unternehmen wie VISA abzuschließen. Auch muss zuhause aufbewahrtes Bargeld den Behörden angezeigt werden. Wenn dessen Herkunft nicht nachweisbar ist, wird es beschlagnahmt. [1]

Bargelobergrenze kommt Bargeldverbot gleich

ncm. Mit dem Euphemismus „Bargelobergrenze“ getarnt sind Bargeldverbote ab einer Grenze bereits in 18 Ländern Europas Realität. Griechenland ist das Land mit der geringsten Bargelobergrenze von nur noch 500 Euro. Dort darf eine Hotelrechnung von € 501,- nicht mehr bar bezahlt werden, weil es gesetzlich verboten und unter Strafe gestellt ist.

Der Staat unternahm bereits zwei Versuche, die Obergrenze von Bargeld auf 200 Euro zu reduzieren. Beide scheiterten, weil der 500-Euro-Schein noch das gesetzliche Zahlungsmittel ist. Ab 2027 soll europaweit eine Bargelobergrenze von 10.000 Euro gelten. Darunter darf die Bargelobergrenze aber jederzeit liegen. [3]

Haken an gesicherter Bargeldebereitstellung

doa. Laut Stefan Hardt, Leiter des Zentralbereiches Bargeld bei der Bundesbank Deutschland, ist Bargeld sicher: „Solange die Menschen mit Bargeld zahlen möchten, werde dieses Bargeld bereitgestellt.“ Doch eben nur solange Nachfrage herrscht, wird Bargeld garantiert.

Da aber „Nachfrage“ gleichbedeutend mit Barzahlungsquote ist, bestimmt der Bürger mit seinem

Bezahlungsverhalten über den Erhalt des Bargelds. Fatalerweise lehnt aber die Wirtschaft vermehrt Bargeld ab (u.a. durch finanzielle Anreize von „außen“), weshalb europaweit immer mehr Geschäfte nur mehr digitale Zahlungsmöglichkeiten anbieten. Damit wird den Menschen die Entscheidungsfreiheit genommen und das Bargeld hat dauerhaft keine Überlebenschance. [6]

Barzahlungsquote gleich Nachfrage

cha. Die Nachfrage wird an der Barzahlungsquote gemessen. Unter einer Quote von 10-15 % beginnt die Bargeld-Infrastruktur

viel zu teuer zu werden und es greift das sogenannte „Verhältnismäßigkeitsprinzip“:

Fortsetzung Seite 2

Quellen: [1, 2] <https://www.pressetext.com/news/na-20170714014.html> | www.kla.tv/15288

[3-9, 11, 12] <https://hoch2.tv/sendung/unternehmensberater-stuetzle-bargeld-vergefährdet-das-businessmodell-der-finanzindustrie>

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress – Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!

Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!

Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzartikel an SuG@infopool.info

Fortsetzung von Seite 1

Ist die Infrastruktur zu teuer im Verhältnis zur Verwendung des Bargelds, „kollabiert“ das Barzahlungssystem. Derzeit liegt die Barzahlungsquote in Deutschland im Einzelhandel bei rund 51 % und reduziert sich jährlich um rund 4 %. Durch die Einführung des E-Euros wird die Barzahlungsquote noch schneller sinken und in kurzer Zeit die 10-15 %-Grenze erreichen. Damit fehlt dann die Rechtfertigung für den Erhalt des Bargelds. [7]

Zwei differente gesetzliche Zahlungsmittel?!

cha. Machthaber aus Wirtschaft, Politik und Finanz wollen zwingend den E-Euro einführen. Durch diese geplante Einführung der Digitalwährung sieht Stützle eine einmalige Chance zur gesetzlichen Verankerung des Bargeldes. Derzeit gilt dieses in den meisten europäischen Ländern als einziges gesetzliches Zahlungsmittel. Um den E-Euro ebenfalls als gesetzliches Zahlungsmittel zu installieren, wurde für seine Einführung ein Verordnungsvorschlag verfasst. Die Verantwortlichen waren zudem gezwungen, am gleichen Tag auch einen Verordnungsvorschlag für das Bargeld herauszubringen. Interessanterweise bekommt der E-Euro im Handel eine Annahmepflicht, wogegen im Verordnungsvorschlag für das Bargeld kein solcher Annahmewang vorgesehen ist. Somit gäbe es zukünftig zwei unterschiedliche gesetzliche Zahlungsmittel: den „privilegierten“ E-Euro und das „unterprivilegierte“ Bargeld. [9]

Quellen: [10] https://www.parlament.gv.at/aktuellen/pk/jahr_2023/pk0892/ | <https://orf.at/stories/3394754/> | www.stern.de/wirtschaft/geld/zurueck-zum-bargeld-was-schwedens-kursaenderung-mit-russland-zu-tun-hat-35556474.html | <https://www.telepolis.de/article/Visa-bietet-Gaststaetten-Geld-wenn-sie-kein-Bargeld-meinnehmen-3772481.html>

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SUG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

Impressum: 20.12.25

S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitsliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.



www.anti-zensur.info



www.kla.tv

Verantwortlich für den Inhalt:

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.

Redaktionsadresse:

Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

Auch in den Sprachen:

ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT, LET – weitere auf Anfrage

Abonnementservice: www.s-und-g.info
Deutschland: S&G, Postfach 0111, D-73001 Göppingen



Die freie Enzyklopädie
der Gegenstimmen

www.vetopedia.org



www.sasek.tv

Mechanismen zur Erreichung der Bargeldabschaffung

doa. 1. Werbung: Über Jahrzehnte wurde eine Infrastruktur für bargeldloses Bezahlen geschaffen und anschließend mit Milliardeninvestitionen für das digitale Bezahlen geworben.

2. Bargeldablehnung: Bargeld ist eigentlich gesetzlich in drei ganz mächtigen Gesetzen verankert: Im Bundesbankgesetz, in der EZB-Satzung, sowie im EU-Vertrag. Dort hat es das Privileg des gesetzlichen Zahlungsmittels und damit im Handel Annahmewang. Dies wurde im Jahre 2010 durch eine Kommissions-

empfehlung geändert mit dem Argument der Vertragsfreiheit, dass der Handel Bargeld ablehnen kann. Die Kommission und die Deutsche Bundesbank sehen die Vertragsfreiheit der Wirtschaft und des Handels höhergestellt. Durch diese Interpretation darf der Handel Bargeld ablehnen. Damit nimmt die Wirtschaft dem Bürger die Wahlfreiheit.

3. E-Euro: Ein weiterer Mechanismus ist die Einführung des E-Euros. Über den Gesetzesentwurf wird voraussichtlich im Dezember 2025 im EU-Parlament

entschieden. Kommt der E-Euro, gibt es in den nächsten 1-3 Jahren einen direkten Konkurrenten zu Bargeld im Einzelhandel, denn der E-Euro soll das Privileg des gesetzlichen Zahlungsmittels bekommen. Diese Maßnahmen konditionieren jedoch die Bürger immer mehr auf das digitale Bezahlen.

4. Pandemien als Katalysator für Digitalgeld: Angeblich aus Hygienegründen wurde während der Coronakrise das Bargeld sogar verteufelt. [8]

Bisherige politische Vorstöße zum Bargeldschutz

ncm. Österreich – August 2023: Die FPÖ beantragte im Parlament die Änderung des Staatsgrundgesetzes dahingehend, das Recht auf Bargeldzahlung verfassungsrechtlich zu verankern. Damit soll die unbeschränkte Bargeldverwendung gesichert und die -annahme verpflichtend werden.

• Norwegen – Oktober 2024: Nach einer Gesetzesänderung im Oktober 2024 müssen Geschäfte, Restaurants und Friseure Bargeldzahlungen annehmen. Im März 2025 erklärte Norwegens Ex-Mi-

nisterin für Justiz und Notfälle, Emilie Mehl: „Wenn niemand mehr mit Bargeld zahlt und niemand mehr Bargeld akzeptiert, wird Bargeld in der Krise keine echte Notlösung mehr sein.“

• Slowenien – 23.05.2025: Das slowenische Parlament leitete infolge einer Bürgerinitiative ein Verfahren zur Verankerung des Rechts auf Bargeldnutzung in der Verfassung ein. Es soll auch bei Einführung von Digital gelten.

• Schweden – 2025: Das schwedische Verteidigungsministerium verschickt die Broschüre „Wenn

Krise oder Krieg kommen“ an jeden Haushalt im Land.

Darin wird dazu aufgerufen, wieder regelmäßig mit Bargeld zu bezahlen und mindestens einen einwöchigen Geldvorrat zu Hause zu lagern. Und das, obwohl in Schweden die Bargeldzahlungen kaum mehr möglich waren.

Die Regierung erkannte zwei eklatante Schwächen des Digitalgeldes:

1. Ziel von Cyberattacken
2. Im Krisenfall wertlos [10]

Schlusspunkt •

Eine freie Gesellschaft braucht zwingend ein freies, nicht überwachungsfähiges Zahlungssystem. Dies trifft nur auf Bargeld zu. Daher braucht jeder Mensch ein Bewusstsein dafür, welche Auswirkungen jede Digitalzahlung hat.

Das reale Zahlungsverhalten gilt als Nachfrage und bestimmt über den Verbleib des Bargeldes. Wenn Sie das Realgeld erhalten wollen, zahlen Sie möglichst oft bar!

Die Redaktion (ncm.)

Petition und Lobby für den Bargelderhalt!

doa. Aktuell läuft unter bargeldverbote.info/petition/ eine Petition für den Erhalt des Bargeldes. Diese kann von Deutschen, Österreichern und Schweizern unterzeichnet werden. Laut Stützle sollten eine Million Unterschriften erreicht werden, um an staatlichen Stellen Druck zu erzeugen. Gefordert wird eine Annahmepflicht für Realgeld im Handel und bei staatlichen Institutionen. Momentan wird der Verordnungsvorschlag im ECON-Ausschuss des EU-Parlaments diskutiert, noch können Veränderungen beschlossen werden.

Daher braucht es den Druck auf

den ECON-Ausschuss. Beim Unterzeichnen der Petition besteht auch die Option, sich über den Petitionsverlauf zu informieren zu lassen. Wenn Sie dort Ihr Häkchen setzen, sind Sie in die Community aufgenommen. Diese Gemeinschaft ist immens wichtig, denn selbst im Falle eines Erfolgs der Petition, ist damit nur „der freie Fall“ des Bargeldes gestoppt.

Da die Marketingmaßnahmen der Finanzindustrie aber weiterlaufen, müssen wir wachsam sein und eine Lobby für das Bargeld erschaffen – für unsere Freiheit! [11]